

Volksmacht

für Schlesien

Die wichtigsten Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Die „Volksmacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Filialen der „Volksmacht“, Neue Graupenstr. 5 und Friedländerstr. 105, Hauptstraße 160, sowie durch alle Anzeiger zu beziehen. Preis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rml. + 8 Pf. Trägerpreis monatlich 1,75 Rml. + 35 Pf. Trägerlohn 2,10 Rml. Durch die Post einzeln. Zustellungsgebühren 2,46 Rml.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle 21237, Redaktion 21238
Postfach-Konto: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau.

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Verleumdungs- und Abhofs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Hauptstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt

Der Kampf der Metallarbeiter

Berlin, 29. Oktober. (Eig. Bericht.) Die Berliner Metallarbeiter werden am Donnerstag in einer Abstimmung entscheiden, ob sie den Vereinbarungen über einen neuen Schiedspruch zustimmen und den Streik abbrechen wollen. Die Oberleute der Metallindustrie anerkennen allgemein, daß die neuen Vereinbarungen unter den jetzigen Umständen Erreichbare darstellen. Es ist daher angenommen, daß der Abbruch des Streiks beschlossen wird. Daran dürfte auch die Aufforderung der Kommunisten zum Weiterstreiken nichts ändern. Wenig wie die Kommunisten bisher die Streikbewegung beeinflusst haben, werden sie sie künftig beeinflussen.

Man hat sich ein sachliches Urteil über den Ausbruch der Streikbewegung bilden, der größten Schwierigkeit, die Deutschland seit Jahr und Tag erlebt hat, so muß vor allen Dingen vergegenwärtigt werden, daß es eine Abbruchbewegung war. In einer Zeit größter Erwerbslosigkeit und schwerster Wirtschaftskrise haben die Arbeiter der Metallindustrie, trotzdem nur ein Teil organisiert ist, den Kampf gegen die mächtigsten Großunternehmen des Landes aufgenommen, die ihnen einen Lohnabbau vorgeschrieben hatten. Für diese unerhörte Forderung der Unternehmer zwar nicht einmal die Unterstützung des Reichsarbeitsministers anstellten. Aber der Schiedsrichter erließ einen Schiedspruch, der doch eine Lohnsenkung um acht Prozent für die Erwachsenen und von fünf Prozent für die jugendlichen Arbeiter vor.

In diesem Schiedspruch ging der Kampf der Arbeiter verloren. Die Unternehmer aber verweigerten die Verbindlichkeitsklärung. Sie setzten alle Kräfte ein, um die Verbindlichkeitsklärung zu erreichen. Der Lohnabbau in der Berliner Metallindustrie ist in diesem erheblichen Maße das Signal für einen ähnlichen Lohnabbau in allen Wirtschaftszweigen in Deutschland. Der Kampf der Berliner Metallarbeiter ist deshalb nicht nur von ihnen selbst, sondern von der gesamten deutschen Arbeiterklasse als der Kampf aller Arbeiter.

Das Hauptziel der Unternehmer aber war ein neues, starkes Kräfte waren am Werke, jede Verbindung zwischen Unternehmern und Arbeitern zu verhindern, um politischen Konflikt hervorzurufen, der mit der Regierung in Preußen und der Einführung der Diktatur verbunden wäre. Um das zu erreichen, haben die Unternehmer tagelange Verhandlungen mit den Arbeitern abgelehnt und die Verhandlungen immer aufs neue aufgeschoben, den Schiedspruch für sich zu erzwingen. Erst kürzlich ist die Regierung dem nicht nachgegeben.

Die Vereinbarung bedeutet, daß die Unternehmer die Forderung nach Verbindlichkeitsklärung des alten Schiedspruchs haben lassen müssen. Es ist ihnen nicht gelungen, den Lohnabbau zu verhindern. Sie haben anerkennen müssen, daß ein Lohnabbau, dem ein Abbau der Freiheit vorangegangen ist, und der daher eine wesentliche Senkung des Reallohns bedeuten würde, im Kampf gegen die Arbeiterklasse und gegen einen großen Teil der Bevölkerung nicht durchgesetzt werden kann. Zu diesem Zweck hat sich sehr viel die Tatsache beigetragen, daß die Sozialdemokratie geschlossen an der Seite der streikenden Metallarbeiter stand. Die Sozialdemokratie hat im Reichstag die Annahme des Antrages abgelehnt, der die Regierung aufforderte, die Verbindlichkeitsklärung nicht vorzunehmen.

Es steht allerdings gegenüber, daß die Entscheidung des Schiedsgerichts, das aus drei Unparteiischen besteht, von vornherein von beiden Parteien angenommen worden ist. Der Streik wird also beendet, wenn es gelingt, wie die Entscheidung des neuen Schiedsgerichts ausfallen wird. Nachdem aber die Verbindlichkeitsklärung des alten Schiedspruchs abgelehnt worden ist, ist in der Regel auf jeden Fall eine Verbesserung zu erwarten, weil der neue Schiedspruch günstiger ausfallen wird als der alte. Auch die Bestimmung, daß die Arbeit zu den Bedingungen wieder aufgenommen wird, und daß der für den Streik in Aussicht genommene Lohnabbau unterbleibt, ist ein Erfolg der Arbeiter wie die weitere Bestimmung, daß die Regierung aus Anlaß dieses Streikes nicht vorgehen darf. Der neue Schiedsgericht ist es nun in der Hand, den Streik in der Berliner Metallindustrie zu einem

wirklichen Frieden zu machen. Seine Aufgabe ist es, eine Lösung zu finden, die nicht nur eine Regelung der Arbeitsbedingungen in der Metallindustrie bringt, sondern zugleich eine Regelung, die zur Überwindung der Wirtschaftskrise beiträgt. Löhne und Preise stehen im engsten inneren Zusammenhang. Lohnsenkung ohne vorherige Preisenkung bringt keine Milderung der Wirtschaftskrise, sondern eine Verschärfung. Der Fehler des alten Schiedspruchs, der den Lohnabbau vorschlug ohne Preisabbau, darf deshalb nicht wiederholt werden.

Hochwasser in Schlesien

Die neuesten Hochwassermeldungen aus Schlesien siehe 2. Beilage, 2. Seite.

Wenn der Kampf der Berliner Metallarbeiter ebenso geschlossen abgedrungen wird, wie er begonnen und geführt wurde, so ist das ein großer politischer und moralischer Erfolg der Arbeiterklasse. All denen, die geglaubt haben, daß die deutsche Arbeiterklasse, gepöbelt durch Kommunisten und Nationalsozialisten, geschwächt durch Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise, nicht mehr fähig zur entschlossenen Abwehr ihrer Gegner sei, ist durch die Tat der Gegenbeweis geliefert worden. Die deutsche Arbeiterklasse kann und wird kämpfen, wenn man ihre Lebensinteressen anzutasten versucht!

Wieder eine Nazilüge enthüllt

Unberechtigte Vorwürfe gegen den Frankfurter Regierungspräsidenten

Die Nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtags machte sich in einer kleinen Anfrage schwere Vorwürfe der „Frankfurter Landeszeitung“ zu eigen, in der behauptet worden war, Regierungspräsident Dr. Fikner in Frankfurt a. M. habe von angeblichen Unregelmäßigkeiten in der Kassenführung des Arbeitsamtes in Gießen Kenntnis gehabt, ohne dagegen einzuschreiten. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob ihm diese Vorwürfe gegen Dr. Fikner bekannt seien.

Wie der Preussische Minister des Innern in Beantwortung der Anfrage mitteilt, „entbehren die in der „Frankfurter Landeszeitung“ gegen Regierungspräsident Dr. Fikner in Frankfurt a. M. erhobenen Vorwürfe jeder Begründung. Dr. Fikner hat in seiner Eigenschaft als früherer Landrat des Kreises Gießen, obwohl ihm ein Aufsichtsrecht über das damals bereits zur Reichsbehörde gewordene Arbeitsamt an sich nicht zustand, bei der ersten Nachricht von angeblichen Unregelmäßigkeiten in der Kassenführung des Arbeitsamtes in Gießen sofort schriftlich eine Revision der Kasse gefordert, die — wie in dem Strafverfahren festgestellt wurde — auch tatsächlich vorgenommen worden ist. Die dem Regierungspräsidenten Dr. Fikner in den Mund gelegte, auf eine Vertuschung der vorgekommenen Unregelmäßigkeiten abzielende Äußerung ist frei erfunden.“

Deutscher Protest in Polen

Die Verteilungen eines Krakauer Blattes veranlaßten das Auswärtige Amt, den deutschen Gesandten in Warschau bei der polnischen Regierung nachdrücklich gegen die sich häufenden Angriffe und Demonstrationen gegen das Deutsche Reich und deutsche Vertretungen in Polen protestieren zu lassen. Der Artikel des besagten Blattes mit seinen persönlich zugefügten Verdächtigungen der deutschen Gesandtschaft regten dieser seit Tagen betriebenen Heße die Krone auf.

Der Gesandte legte bei seiner Vorstellung besonderen Nachdruck darauf, daß einzelne der unwahren Behauptungen des genannten Artikels nur durch Indiscretionen amtlicher polnischer Stellen befangen worden sein können.

Hitler will Dumme fangen

Das Eintreten für die streikenden Metallarbeiter nur Schein

Der sächsische Landesverband der Metallindustriellen hatte zu einer Aussprache über den Metallarbeiterstreik auch den Führer der Nationalsozialisten, Herrn Hitler, eingeladen. Hitler jagte jedoch in letzter Stunde ab und schickte seinen politischen Mitarbeiter, Major Wagner, nach Dresden. In der Aussprache wurden gegen die nationalsozialistische Parteileitung heftige Vorwürfe erhoben, weil sie ihren Mitgliedern die Beteiligung am Metallarbeiterstreik gestattet habe. Auf diese Vorwürfe antwortete Hitlers Stellvertreter, es sei der Führung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei nicht möglich gewesen, ihren Mitgliedern die Teilnahme am Streik zu verbieten, denn sonst wären die Arbeiter in Massen aus der Partei ausgetreten und zur Sozialdemokratie abgewandert.

Diese Entschuldigung der Nazis vor den Industriellen befriedigt nur, was jedem denkenden Arbeiter längst klar ist: die Arbeiterfreundlichkeit Hitlers und seiner

Kumpane hat nur den Zweck, Dumme zu fangen. Herr Goebbels martiert in den Volkssammlungen den großen Proletariatsfreund und hinter den Kulissen erklären die Vertreter Hitlers, ihre zur Schau getragene Arbeiterfreundlichkeit sei nichts anderes als Mittel zum Zweck, auf deutsch: Schwindel.

Verfassungsreform in Portugal

Kommunales Frauenwahlrecht wird eingeführt

Lissabon, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Ein am Mittwoch veröffentlichter Gesetzentwurf der Regierung will den portugiesischen Frauen das aktive und passive Kommunalwahlrecht gewähren. Gleichzeitig schlägt das Kabinett eine Verfassungsreform vor, die die künftige Verwaltung des Landes den Provinzial- und Kommunalräten überträgt. Lissabon und Porto sollen eine eigene Selbstverwaltung in Form freier Reichsstädte erhalten.

Der Auswärtige Ausschuss zur Abrüstungsfrage

Entschiedenem Vorgehen der Reichsregierung in der Abrüstungsfrage gefordert

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages lehnte am Mittwoch nach einer mehrstündigen Debatte alle ihm vorliegenden Anträge zum Reparationsproblem mit wechselnden Mehrheiten ab. Angenommen wurde folgende Entschließung zur Abrüstungsfrage:

Der Auswärtige Ausschuss hat auf Grund des Berichtes des Reichsministers des Auswärtigen von dem gegenwärtigen Stande der Frage der allgemeinen Abrüstung, insbesondere von dem Ergebnis der Verhandlungen der diesjährigen Bundesversammlung des Völkerbundes über diese Frage, mit größter Enttäuschung Kenntnis genommen. Er muß danach feststellen, daß die Bemühungen um die allgemeine Abrüstung bisher keinerlei praktische Erfolge erzielt haben. Die Staaten, die mit der Erfüllung ihrer rechtlichen und moralischen Verpflichtung zur Abrüstung seit Jahren im Rückstand sind, haben bei den letzten Genfer Beratungen nicht einmal zu einem Beschlusse veranlaßt werden können, der die schnelle Einberufung der ersten allgemeinen Abrüstungskonferenz sichergestellt haben würde.

Deutschland steht somit vor der Tatsache, daß es die ihm auferlegte Verpflichtung zu reiflicher Entlassung des zum letzten Punkt hat durchzuführen müssen, daß ihm aber die vertraglich zugesicherte, langfristige Gegenleistung immer noch in ihrem ganzen Umfang rechtswidrig vorenthalten wird. Darüber hinaus erfolgt in manchen Ländern sogar noch eine Verstärkung der Rüstungen. Der Auswärtige Ausschuss ist der Ansicht,

daß dieser Zustand in tristem Widerspruch zu dem Grundsatze der Gleichberechtigung steht, daß er eine ernste Bedrohung der Sicherheit Deutschlands und damit des Weltfriedens bedeutet, und daß er aus diesen Gründen völlig unhaltbar ist.

Der Auswärtige Ausschuss erwartet von der Reichsregierung, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf die schnelle Aenderung der gefährlichen Lage hinwirkt, und daß sie mit äußerstem Nachdruck darauf besteht, eine Abrüstung der anderen Staaten zu fordern, die nach Umfang und Art der Abrüstung Deutschlands und dem Grundsatze paritätischer Sicherheiten entspricht und daß sie Klarheit darüber herbeiführt, ob die auswärtigen Mächte gewillt sind, diese Forderung entsprechend den im Versailler Vertrag festgelegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Der „Vorwärts“ zu den Beschlüssen des Ausschusses

Der „Vorwärts“ kommentiert die gestern erfolgte Ablehnung sämtlicher Anträge zum Reparationsproblem durch den Auswärtigen Ausschuss wie folgt:

„Der Ausschuss hat alle Anträge zur Reparationsfrage abgelehnt — mit wechselnden Mehrheiten. Darin liegt der Schlüssel zur politischen Bewertung dieses Ergebnisses. Die wechselnden Mehrheiten waren uneinig über die Zweckmäßigkeit der vorliegenden Anträge, und so ist bei dieser Zusammenkunft gar nichts herausgekommen. Nichts wäre falscher als der Schluß, daß dies negative Ergebnis ein Ausdruck der Zufriedenheit des deutschen Volkes mit den Young-Zahlungen sei.“

Waldorf und Maybach

Grubenkatastrophen am Niederrhein und an der Saar.
Von F. Busmann, M. d. R., Vorstehender
des Bundes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands.

Zwei entsetzliche Grubenkatastrophen haben nicht nur das Volk, sondern alle Menschen aufs tiefste erschüttert. 260 Tote in Waldorf bei Aachen; annähernd 100 tote Mann auf dem Maybachschacht im Saarrevier. Das sind zwei Katastrophen, die besonders die Bergarbeiter stark berühren. Neben dem Knappschafszigaretten im Saarrevier noch 90 und an der Saar 25 verlegte Bergarbeiter, von denen auch noch einige nicht wissen, ob sie mit dem Leben davonkommen werden.

Was ist es, das solchen Grubenkatastrophen immer in demselben Maße die Anteilnahme der Gesamtheit erzwingt? Die über alles Menschliche erhabene übermächtige Naturgewalt, die uns hier entgegentritt und bei deren Entfaltung der lebendige Mensch zu einem hoffnungslosen Objekt eines grausigen Zerstörungsspiels wird. Neben dem Interesse an sich, das ja immer solchen Vorkommnissen entgegengebracht wird, die viele Menschenopfer kosten, tritt bei solchen Katastrophen das große, tief empfundene Mitleid der Mitmenschen hinzu. Es wird verstärkt durch das Bewußtsein, daß diese Unglücksfälle den Bergmann — und diesem vollbewußt — stündlich umhaut, der sich ja selbst glücklich schätzt, wenn er vor den tödlichen Gefahren der Tiefe bewahrt geblieben ist. „Glück auf“, so heißt deshalb auch schon der Bergmannsgruß, den er seinen Kameraden entbietet und nichts anderes heißen soll: „Habe Glück, Kamerad, der du von unbekannten Gefahren umlauert bist.“

Aus diesen Gefahren heraus ergeben sich auch deshalb schon besondere Abwehrmaßnahmen gegenüber allen mit dem Bergbau verbundenen Zusammenhängenden Gefahren. Es entstanden besondere bergpolizeiliche Sicherheitsgesetze und Verordnungen, mit deren Durchführung und Überwachung eine eigene Bergpolizei beauftragt ist. In Preußen wurden im Januar 1922 Grubensicherheitskommissionen und ein Grubensicherheitsrat geschaffen. In diesen Einrichtungen sind Vertreter der Bergarbeiter und des Preussischen Landtages vertreten. Außerdem gibt es Laboratorien und Versuchsanstalten, die nur dem Studium der Grubengefahren und ihrer Bekämpfung dienlich sind. Trotz aller dieser Einrichtungen ist es bisher nicht gelungen, große Grubenkatastrophen zu verhindern.

Das am 9. Juli in Niederschlesien infolge Kohlenstaubausbruch entstandene Unglück mit 151 Toten und die Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen im Wurm- und Saarrevier belegen in ihrer Wirkung mehr als Worte vermögen. Uns, die wir als berufene Vertreter der Bergarbeiter den Kampf um ihren Schutzm mit auf die Fahne der Organisation geschrieben haben, berühren derartige Unglücke natürlich weit mehr und viel tiefer, als das sonst der Fall sein kann.

Besonders ist es die Frage nach der Ursache solcher Katastrophen, die uns vor allen anderen interessiert. Schon deshalb, weil die bisherigen Resultate der auf Bekämpfung der Grubengefahren gerichteten Bemühungen, doch immerhin, schon gewisse Abwehrmöglichkeiten geschaffen haben. Allgemein ist man sogar der Auffassung, daß bei objektiver und richtiger Behandlung der Abwehrmöglichkeiten solche Explosionen zumindest auf einen kleinen Herd beschränkt bleiben können, wenn nicht unerwartet gewaltige Mengen explosiver Gase aus dem Gebirge hervordringen.

Es taucht also die Frage auf, ob in Waldorf und an der Saar, wo ja gewaltige Explosionen stattfanden, ein solches unerwartete Hervordringen von Schlagwettern oder die Ansammlung in alten Grubenbauen oder irgendeiner Verschulden der verantwortlichen Stellen vorliegt. Die Frage der Unglücksfälle und die Erhabenheit dessen, was hier im Spiele steht, verbietet es von vornherein, sich in irgendeiner Kombination zu verlieren, so sehr man auch persönlich, als abgewandelter Bergmann, aus dem bisher Bekannten gewisse eigenen Schlüsse zu ziehen vermag. Daß es sich bei beiden Katastrophen um Schlagwetter, verbunden mit Kohlenstaubexplosionen handelt, ist nach Feststellungen und den Aussagen der betroffenen Bergarbeiter ziemlich feststehend. Es bleibt deshalb hauptsächlich nur noch die Frage offen, inwieweit menschliches Verschulden an den Katastrophen selbst und besonders an ihrer Vermeidung vorliegt. In Waldorf hat wahrscheinlich die Explosion reiche Nahrung in den um den Schacht liegenden alten Grubenbauen und in stehenden Schlagwettern sowie in dem reichlich vorhandenen Kohlenstaubmassen gefunden, die das Unglück zu der Größe auswachsen ließen wie es jetzt vor uns steht.

Unser Verband hat in den für die Untersuchung in Frage kommenden Grubensicherheitskommissionen seine Vertreter, unerbittlich und objektiv an der Klärung dieses tragischen Unfalls mitarbeiten werden. Ob an der Saar ähnliche Vorgänge mitgewirkt haben, wird die eingehende Untersuchung ergeben, an der auch Vertreter der beiden großen Bergarbeiterverbände teilnehmen werden. Aufklärung muß in jedem Falle geschaffen werden, damit einmal die Bergarbeiterschaft und die Öffentlichkeit beruhigt wird und aus den Ursachen, die zu den Unglücken führten, die notwendigen Lehren gezogen werden können. Es kommt aber noch eins hinzu. Leider ist es so, daß in der auf Profitstreben eingestellten Wirtschaftsordnung der Arbeiter Kampf und seine Sicherheit allzuleicht vernachlässigt werden. Sollte sich bei der Untersuchung herausstellen, daß dies bei den beiden Unglücksfällen mitgewirkt hat, dann darf die Bergarbeiterschaft das Vertrauen zu uns haben, daß wir unerschütterlich für die Gerechtigkeit die Wege ebnen werden. Die Öffentlichkeit und alle verantwortlichen Stellen müssen aber jetzt schon aus den beiden großen Unglücken lernen, daß für den Schutz des Bergarbeiters die gleichen Bedingungen mit größtmöglicher Sorgfalt zu schaffen sind, wie für den Arbeiter in anderen Berufen. Die Kraft der Bergarbeiter selbst dienen sollen. Diesem unermesslichen Kampfe zu tragen, ist deshalb nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern auch der realen Wirtschaftspolitik. Denn nur das aus diesen Unglücken Lernen sollte, kann uns das für die Bergarbeiter und für die gesamte Menschheit der beste Trost in dieser düsteren Zeit sein.

Verzögerung der Sanierung in Bayern

München, 29. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Die Entscheidung über das Sanierungs-Gesetz ist wider Erwarten am Mittwoch im bayrischen Landtag noch nicht gefallen. Die Ursache der überraschenden Verzögerung liegt darin, daß die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Auszahlung der Postabfindungszinsen noch nicht völlig abgeschlossen sind. Ohne diese 5,8 Millionen Mark Zinszahlung vom Reich ist aber ein Ausgleich des bayrischen Staatshaushalts für 1930 nicht möglich und ohne die vollkommene Deckung des Gehaltsvertrages findet sich im Landtag keine Mehrheit für das Sanierungsgesetz. Die bis zum letzten Augenblick mit dem Reichskanzler geführten Verhandlungen lassen aber die Erwartung als sicher erscheinen, daß am Donnerstag die Zustimmung des Reiches erfolgt. Das Plenum des Landtages vertagte sich deshalb auf Freitag.

Wahl eines sozialdemokratischen Stadtrats

Detmold, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

In Detmold wurde an Stelle des bisherigen, zum Regierungspräsidenten beförderten Stadtrats Paulick der langjährige Fraktionsführer der Stadtverordnetenfraktion und Lokalredakteur Ludwig Sinsel zum besoldeten Stadtrat gewählt. Die Wahl ist deshalb bemerkenswert, weil die bürgerlichen Fraktionen der im Magistrat sonst nicht vertretenen Sozialdemokratie mit allen Mitteln, bis zur Anrufung des Staatsgerichtshofes, diesen Sitz streitig machen wollten. Die Demokraten stimmten mit den Sozialdemokraten für Sinsel, während die Rechtsparteien Obstruktion trieben.

Die Hannoverische Sozialdemokratie zur Lage

Hannover, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Der Ortsverein Hannover der SPD. befaßte sich in zwei stark besuchten Mitgliederversammlungen mit der gegenwärtigen politischen Lage und nahm nach eingehender Aussprache gegen eine Stimme folgende Entschließung an:

„Die Zustimmung der politischen und wirtschaftlichen Lage nach den Wahlen und die Verhandlungen im Reichstage zeigen die außerordentlich große Gefahr des Faschismus. Das schicksalhafte und hochschmerzliche Zusammenstoßen drohen Deutschland in das Chaos zu führen. Die wichtigste Aufgabe der Sozialdemokratie ist deshalb die Erhaltung der Demokratie als der Voraussetzung für den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse. Die Versammlung billigt deshalb die Haltung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Sie begrüßt zugleich die erfreuliche Initiative der republikanischen Regierung in Preußen und gelobt feste Geschlossenheit und höchste Kampfbereitschaft. Alle Kräfte der Arbeiterbewegung müssen gegen die schicksalhafte Gefahr mobilisiert und insbesondere die Schutztruppe der Republik, das Reichsbanner, aufs nachhaltigste unterstützt und gestärkt werden.“

Die Verhandlungen Preußens mit der evangelischen Kirche

Im Preussischen Staatsrat fand am Mittwoch u. a. eine förmliche Anfrage des deutschen nationalen Freikircherrats von Göttingen statt. Über den Abschluß eines Vertrages mit den evangelischen Kirchen zur Beratung. Vom preussischen Kultusministerium war dazu eine Mitteilung eingegangen, die besagt, daß, nachdem das Preussische Staatsministerium zu den bisherigen Verhandlungen über den Abschluß eines Vertrages mit den evangelischen Landeskirchen Stellung genommen habe, den beteiligten obersten Kirchenbehörden der Entwurf eines Vertrages zugeleitet worden sei. Ein Zeitpunkt für den Abschluß der Verhandlungen sei noch nicht abzulehen.

Ohne in eine Erörterung einzutreten, nahm der Staatsrat Kenntnis von dieser Mitteilung.

Aufsehensprozess in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

In Frankfurt a. M. begann am Mittwoch ein Prozess gegen 10 Kommunisten, die des Aufsehens angeklagt sind. Hauptangeklagter ist der kommunistische Abgeordnete des Preussischen Landtags Müller.

Dem Prozess liegen Ereignisse zugrunde, die sich am 17. Dezember 1929 während einer kommunistischen Demonstration abspielten, an der etwa 5000 Personen teilnahmen. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, in deren Verlauf die Besatzungen mit Steinen bombardiert wurden. Die Anklage wirft dem Landtagsabgeordneten Müller Aufforderung zum Aufbruch durch Verbreitung einer Druckschrift unter dem strafschwereren Umstand vor, daß diese Aufforderung von Erfolg begleitet gewesen sei. Der Preussische Landtag hat die Genehmigung zur Strafverfolgung erteilt. Für den Prozess sind mehrere Tage in Aussicht genommen.

Fried fest kommunistische Bürgermeister ab

Weimar, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Der Ruhlauer Bürgermeister Kohlrausch, der der kommunistischen Opposition angehört, ist von Fried wegen seiner politischen Gesinnung seines Amtes enthoben worden. Ferner wurde gegen Kohlrausch ein Verfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet. Kohlrausch ist erst kürzlich auf weitere zwölf Jahre zum Stadtrat zum Bürgermeister gewählt worden.

Der kommunistische Beigeordnete Greif in Wallershausen, sowie der kommunistische Bürgermeister Hermann in Gräfenhain wurden ebenfalls wegen ihrer Zugehörigkeit zur KPD ihres Amtes enthoben.

Stachenberg terrorisiert die Presse weiter

Wien, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Das Organ des Landbundes, das „Extrablatt“, wurde am Mittwoch wegen Abdruck eines Falschplanes, den die Heimwehr im Sommer ausgeführt hätte, beschlagnahmt. Das Extragblatt wurde wegen Verstoßes gegen Artikel 17 des Pressgesetzes in der Wiener „Populaire“ über die österreichische Gefahr beschlagnahmt. Der gleiche Vorfall betraf die Wiener „Allgemeine Zeitung“, die eine Stellung über die letzten Kurzergebnisse der österreichischen Wahlen seit dem Eintritt der neuen Regierung veröffentlichte.

Geblies verleiht die Christlich-Sozialen

Der christlich-sozialen Bundesrat Strible wurde in der Reichstagsversammlung in Innsbruck, bei der er als Sprecher der Heimwehr nicht gleichgültig über die christlich-sozialen Verhältnisse in Österreich sprach, die Unterstützung der Heimwehr zugesagt.

Lloyd George spricht zur Thronrede

Gründliche Kritik an der Labour Party

London, 29. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Im Unterhaus sprach am Mittwoch Lloyd George zur Thronrede. Er kritisierte zunächst die Politik der Regierung und wies die Erklärungen Macdonalds vom Dienstag als ungenügend zurück. Eine Stellungnahme zu dem neuen von der Regierung angeforderten Gewerkschaftsgesetz sei für die Liberalen noch nicht möglich. Die Regierung verlange unbedingt eine Wahlreform. Heute bestehe in England der Zustand, daß die Labour Party bei 29 000 Stimmen, die konservative Partei bei 34 000 Stimmen einen Abgeordneten erhalte; die Liberale Partei brauche dagegen 90 000 Stimmen für jeden Parlamentsplatz. In der Frage der Arbeitsbeschaffung wünschten die Liberalen eine frühere Aktivität der Regierung, die keine Mehrheit hinter sich habe und deshalb die Wünsche der Liberalen beachten müsse.

Im weiteren Verlauf der Sitzung ergriff Oswald Mosley das Wort zu einer großen Rede, in der er seine Ideen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise vortrug.

Neue Revolte gegen Baldwin

44 konservative Abgeordnete verlangen den Rücktritt Baldwins

London, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

In der konservativen Partei fladert wieder einmal der Aufruhr gegen Baldwin und gegen die offizielle Parteipolitik. Beaverbrook und Rothermere sind die im Hintergrund stehenden Antreiber. In ihrer Presse wurde am Mittwoch eine von 44 konservativen Abgeordneten unterzeichnete Entschließung veröffentlicht, die den sofortigen Rücktritt Baldwins verlangt. Verschiedene Abgeordnete erklärten jedoch, es sei ihnen unverständlich, wie ihr Name unter das Dokument gekommen sei.

Eine große konservative Parteikonferenz wird sich am Donnerstag sowohl mit diesen Vorgängen wie mit der konservativen Parteipolitik beschäftigen.

Frankreich lehnt Aufwertung der Auslandsgläubiger ab

London, 29. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Das englische auswärtige Amt hatte vor einiger Zeit eine Note nach Paris geschickt, in der Frankreich ersucht wurde, die in Frankreich von Engländern gezeichneten Kriegsanleihen in Gold zurückzuerstatten. Die nunmehr in London eingetragene französische Antwort lehnt die englische Forderung ab. Die französische Regierung könne schon im Interesse ihrer eigenen Landsleute keinen Präzedenzfall schaffen und nicht die ausländischen Anleihegeber anders behandeln als die französischen.

Die Abgabe bedeutet, daß jene Engländer, die z. B. 1915 rund 30 Millionen englische Pfund in französischer Kriegsanleihe eingezahlt haben nur noch sechs Millionen englische Pfund zurückbekommen. Insgesamt verlieren die britischen Zeichner französischer Kriegsanleihen 52 Millionen Pfund. England hofft jedoch trotz der ablehnenden Note, zu einem günstigeren Ausgleich mit Frankreich zu gelangen. Die Angelegenheit hat jedoch prinzipielle Bedeutung für alle nach dem Kriege von einer Inflation heimgekehrten Länder.

Stille auch Belgien?

Angesichts zwei Milliarden für Verteidigungszwecke

Brüssel, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Die Gerüchte, nach denen die belgische Regierung die Absicht hat, vom belgischen Parlament zwei Milliarden Franc für Verteidigungszwecke über das normale Kriegsbudget hinaus zu fordern, verdienen sich immer mehr. Der Betrag soll auf dem Anleiheweg beschafft und zur Modernisierung der Festungen von Lüttich und Namur und der Anlegung von Befestigungswerken in der Provinz Limburg sowie zur Beschaffung von Kriegsmaterial verwendet werden. (Zwei Milliarden belgische Francs sind 250 Millionen Mark.)

Im Verlaufe der letzten Woche sollen mehrere Besprechungen zwischen Vertretern der irakischen und der belgischen Generalität stattgefunden haben wobei die Franzosen dringend die Beschleunigung des Ausbaues der Befestigungswerke an der belgischen Ostgrenze gewünscht haben sollen. Dieser Druck scheint auf die belgische Regierung nicht ohne Wirkung geblieben zu sein.

Die Aussicht, in einem Augenblick schwerer Finanznot und beginnender Wirtschaftskrise ungeheure Summen für Kriegszwecke auszugeben, ist nicht geeignet, die ohnehin schon ziemlich gespannte innenpolitische Lage in Belgien zu erleichtern. Noch bestehen ernste Meinungsverschiedenheiten zwischen den liberalen und katholischen Verbänden innerhalb der Regierungskoalition über die Sprachenfrage und die geplanten Zollreformen. In den letzten Tagen wird sogar immer mehr von der Möglichkeit einer baldigen Regierungskrise gesprochen. Insbesondere der demokratische Flügel der katholischen Partei wird kaum sein schon allzu großes Schicksal durch Bewilligung neuer großer Kriegsausgaben weiterbeschaffen wollen. In Anbetracht dieser Situation sieht man in Regierungskreisen der für den 11. November anberaumten Wiedereröffnung des Parlamentes nicht ohne ernste Sorgen entgegen.

Erfolgreiche Vernebelung

Paris, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

In nordfranzösischen Industriegebiet von Cambrai-Fourcroy sind große Luftschutzhüllen vorgenommen worden, die den Zweck hatten, die künstliche Vernebelung großer Gelände nach dem neuesten Verfahren auszuüben. Die Vernebelung schien bestmöglich ausgefallen zu sein. Es gelang, im Laufe weniger Minuten dichten Nebel zu erzeugen, der ungefähr eine Stunde lang anhielt.

Der Aufstand auf Formosa

Tokio, 29. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)

Der Aufstand der Eingeborenen von Formosa gegen die japanischen Behörden hat, wie jetzt offiziell gemeldet wird, 200 Japaner und Holländer das Leben gekostet. Unter den Toten befinden sich 23 Frauen, 17 Mädchen und 2 Kinder. Die Köpfe der Getöteten wurden von der Regierung abgehauen und im Triumph nach Hause getragen.

Der Aufstand richtete sich hauptsächlich gegen die japanische Niederlassungen, die vollständig zerstört wurden. Die japanische Regierung ist so erlitten, wie Herr der Insel. Die Insel wurde nach dem verlorenen Krieg von 1894/95 von China an Japan abgetreten.

Neuer Diktatorreich Juabs

Tokio, 29. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Durch ein künftiges Dekret wurden am Mittwoch sämtliche Provinzialräte ihrer Funktionen enthoben.

WERTHEIM

BRESLAU

Tel.-Sammel-Nr. 22111

Fr. Fleisch

Kalbskamm	Pfund	0.92
Kalbsbrust	Pfund	0.98
Kalbskeule	Pfund	1.04
Querleiste	Pfund	0.80
Schmorfleisch ohne Knochen	Pfund	1.20
Schmorfleisch mit Knochen	Pfund	1.00
Rinderzunge	Pfund	1.40
Schweinerücken mit Bellage	Pfund	0.90
Schweineschinken mit Bellage	Pfund	0.95
Hammelfleisch Pfund 1.30	Pfund	1.00
Gulasch	Pfund	0.90
Gehacktes	Pfund	0.80

Obst

Tafel-Aepfel	Pfund	0.28
Am. Aepfel	Pfund	42 u. 38
Zitronen	Dutz. v.	0.38 an
Kochbirnen	Pfund	0.20
Kranzfeigen	neue Pfd.	0.30
Ananas	frische Pfd.	0.98

Wild Geflügel

Hirsch-Kochfleisch	Pfd.	0.48
Rebhühner	Stück	1.25
Bratgänse	Pfund v.	0.95
Hasen	Stück	4.50 an
Hirschblatt	Pfund	0.95

Wurst

Blut- u. Leberwurst Halleche	Pfund	0.70
Knoblauchwurst Breslauer	Pfund	1.00
Würstchen Wiener Art	4 Paar	0.50
Jagdwurst Mortadella	Pfund	1.50
Krakauer Art	Pfund	1.50
Teewurst	Pfund 2.00	1.70
Kalbsleberwurst	Pfd.	1.50
Leberwurst Hausmacher	Pfd. 1.30	1.40
Rückenspeck extra stark	Pfund	1.00
Gek. Schink. ohne Schwarte	1/4 Pfd.	0.48

Freitag u. Sonnabend billige Lebensmittel

Soweit Vorrat. Leicht verderbliche Lebensmittel werden nicht zugesandt.

Käse u. Fett

Camembert vollfett Schachtel	0.22
Harzer u. Spitzlinge Kästchen	0.52
Hochwild Schachtel	0.42
Edamer halbfett Pfd.	0.68
Holländer vollfett Pfd.	0.90
Schweizer 1/4 fett Pfd.	0.86
Margarine	0.58 u. 0.46
Kokosfett	1 Pfd.-Tafel 0.48
Tafelbutter Molkerei	1.58
Gäneschmalz ger. rein Dose ca. 425 g	1.75

Konserven

Marmelade Dreifrucht 2-Pfd.-Eimer	0.75
Aprikosen-Konfit. 2-Pfund-Rimer	1.10
Erdbeer-Konfit. 2-Pfd.-Eimer	1.35
Schnittbohnen junge 1/2-Dose	0.45
Aprikosenpulp spanisch 10-Pfd.-Dose	3.20

Wein

Wermutwein vorzügliche Qualität	1.05
Malvasier Griech. roter Dessertwein	1.10
Pfälzer Rotwein	0.90
Beaujolais Fleurie Burgunder gehaltvoll	1.65
Weinbrand „Raatsch“ 1/2 Fl.	2.50 4.60

Kol.-Waren

Sultaninen	Pfund	0.20
Mandeln süße	Pfund	0.20
Aprikosen kalif.	Pfd.	0.20
Backobst gemischt	Pfd.	0.20
Auszugmehl Weizengraß	Pfd.	0.20
Glasreis, Bohnen, Linsen	Pfund	0.20
Erbsen gelb u. grün	Pfd.	0.20
Bensdorp-Kakao garantiert rein	Pfund	0.20
Röstkaffee, Konsum-Mischg., Haushalt-Prob., Propag.-Mischg., Carlsbad.-Mischg. (Hochland-Gewächs)	Pfund	0.20

**BANK
DER ARBEITER,
ANGESTELLTEN
UND BEAMTEN.**

Filiale Breslau
Margaretenstraße 17

Kassenstunden:
9¹⁵ - 13 und 15¹⁵ - 18 Uhr

Sonnabend nachmittags
geschlossen!

Das ist Preisabbau!

Linon	erprobte Qualität, 130 cm 0.78, 80 cm 0.48
Wallis	schwere, süddeutsche Ware, 130 cm 1.45, 1.10, 80 cm 0.85
Damast	glanzreiche Ware, moderne Muster, 130 cm 1.55, 80 cm 1.05
Kreas	zu Bettdecken, vollgebleicht, 140 cm 1.10, 130 cm 0.87
Inlett	federleicht und säureecht, 130 cm 3.00, 1.80, 80 cm 1.85
Körperbarchent	vollgebleicht, gut geräuhert, 80 cm breit, Meter 0.55
Eiderflanell	schöne, wollige Ware für Unter- röcke, Meter 0.95 und 0.72
Hemdenflanell	eisenstark, schöne Streifen, Meter 0.65
Weißer Bettbezüge	mit 2 Kissen, 4.40 bis 4.85
Parade-Garnitur	in Linon, mit herrlichen Mollern, 6.90
Wallis-Bezüge	mit 2 Kissen, moderne Streifen, 7.50

sowie sämtl. Leibwäsche, Trikotagen u. Strümpfe zu staunend billigen Preisen.

Reste halb geschenkt

Wäsche-Manneberg

Inhaber: Lutz Manneberg
Renschestr. 45 (Laden) * Portofreier Versand von Rmk. 20.00 an!

Es empfiehlt sich, jetzt schon für Weihnachten zu kaufen!

Neue Zinssätze ab 1. November 1930:

tägl. verfügbar	5% p.a.
monatl. Kündigung	5 1/2 %
vierteljährl. Kündigung	6% "

Heimspargbüchsen - Sparmarken

Kapital und Einlagen Ende 1929 **179 Millionen RM.**

Bettfedern

Laufen Vertrauen jede

der größten Bettfedern-Niederlage
Friedrich-Wilhelm-Str. 45 (Sohn
Schulz)

Lebensbilder erzählt von Willy Cohn
Karl Marx **SOFF.**
Buchhandlungen Volkswacht, Breslau.

Die „Frauenwelt“

den Frauen zum Lesen,
Denken und Schauen!

Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift für die
Frau des schaffenden Volkes.
Preis 35 Pf. Zu bestellen
bei allen Zeitungsträgern

Der Mantel

für den Winter,
wie Sie sich ihn wünschen.

Mäntel	in der modernen blauen und braunen Farben, 1a Qualität mit Ab- seite, teilweise auf K'Seide, pa. Verarbeitung 45,-, 35,-	26 ⁵⁰
Paletots	schwarz und marengo mit Samtkragen, such auf K'seidemem Stepp- futter	29 ⁵⁰

Friedländer & Co.
Spezialhaus für Herren- und Knaben-Kleidung
Schmiedebrücke 58 Ecke Nadlergasse

Weltspartag: 30. Oktober 1930

Jede Mark, die Du sparst und zur Bank bringst

macht die Inanspruchnahme ausländischen Kredits
entbehrlich
bewirkt, daß die Zinsen des von der Wirtschaft
benötigten Leihgeldes im Lande bleiben
schafft Arbeitsgelegenheit für Handarbeiter und
Kopfarbeiter
erleichtert die Einfuhr notwendiger Rohstoffe
bringt dem Volke bessere Lebensmöglichkeiten

„Die Mitglieder der Breslauer Bankier-Vereinigung“:

Österreichische Bank für Credit-Anstalt, Filiale Breslau	Deutscher und Handelsbank K. & A. Aktien, Filiale Breslau — Schwabach & Hildebrandt	Schlesischer Bankverein, Filiale der Deutschen Bank und Deutsche-Besellschaft, Schlesiische Boden Credit-
Bank für Landwirtschaft A.-B., Filiale Breslau	Breslauer Bank, Filiale Breslau, Ebbesen & Co.	Altöster-Bank - Schlesiische Landwirtschaftliche Bank
Bankhaus S. Hildebrandt A.-B.	Max Müller, E. Hildebrandt, Koller & Co.	Schlesiische Bank, H. E. von Stein & Co.
Commerz- und Privatbank K. & A., Filiale Breslau		

Der Mieterstreik beendet

Der Zusammenschluß aller Mieter zur Abwehr neuer Forderungen notwendig

Die Mieterschaft in den Breslauer Siedlungen und Neubautwohnungen!

Die Vertreterversammlung des Neumieterschutzverbandes Breslau E. B. hat zu dem Ergebnis der Urabstimmung vom 27. Oktober 1930 in den Siedlungen Zimpel, Pöpelwitz und Pöpelwitz Stellung genommen und stellt dazu folgendes fest:

Eine Mehrheit für den absoluten Mieterstreik ist nicht erreicht worden. Die Einstellung der Mietzahlung an die Siedlungsgesellschaft Breslau N. G. und Hinterlegung an die Treuhänderstelle am 1. November ist damit abgelehnt. Eine Mehrheit für den Magistratsbeschuß abgegebenen die Stimmen beweisen, daß die überwiegende Zahl der Mieter von dem Beschuß des Magistrats unbedrückt ist. Die Beteiligung der Mieter nicht mehr so fest, wie es eine Abwehrfront erfordert, in der Kampffront steht.

Aus diesem Grunde kommt die Vertreterversammlung zu dem Beschuß, den Mietern zu empfehlen, die von der Siedlungsgesellschaft übermittelte Reserve mit dem Zusatz zu Punkt 1. Vorbehalt einer Mietentung" und unter Streichung des Absatzes 2 zu unterschreiben und einzusenden.

Daraus ergibt sich, daß am 1. November die gesamte Mietzahlung nicht möglich ist, ist durch den dringenden Ein sofort ein entsprechendes Härtegesuch zu erreichen.

Die Vertreterversammlung beauftragt den Vorstand, unverzüglich Verhandlungen aufzunehmen, damit die durch den Streik entstandenen Mietrückstände restlos niedergeschlagen werden. Des Weiteren ermahnt die Vertreterversammlung den Vorstand, daß unverzüglich Maßnahmen ergreift, daß der Beschuß des Magistrats restlos in die Wirklichkeit umgeht und die Mieter nicht abermals enttäuscht und zur Verzweiflung getrieben. Auch der Antrag der Mieterseite von Westend, die dortigen Mieter sofort zu lenken, widrigenfalls die Miete nur in Höhe von Prozent gezahlt, also der bedingte Mieterstreik durchgeführt ist mit größter Energie zu vertreten.

Entgegen allen anders lautenden Auffassungen stellt die Vertreterversammlung fest, daß zwar das gestellte Ziel nicht erreicht, aber doch eine Reihe von beachtlichen Erfolgen erzielt und zwar:

Kostenlose Abwehr der Mieterhöhung für den Monat Mai und die Hälfte des Monats Juni; Abwehr der Mieterhöhung bis Ende Oktober für den weitaus größten Teil der Mieter durch Niederlegung der Streitrückstände; Mitbestimmung der Mieter in den Härtekommissionen durch Vertreter der Siedlungsvereine; Einschränkung der absoluten Rechtslosigkeit der Siedlungsmieter durch den Beschuß, Mieterausschüsse zu bilden, welche in allen Mieterangelegenheiten, auch Mietsfestsetzung, zur Mitwirkung herangezogen und gehört werden müssen; Erfüllung der alten Forderungen der Mieterschaft in Bezug auf Straßenreinigung, Badezuschlag usw.

Es kommt jetzt darauf an, daß die Mieterschaft die geringen durch tatkräftige Mitarbeit und festen Zusammenschluß die Zukunft weiter ausbaut.

Die Vertreterversammlung bedauert, daß der Mieterkampf ein Ausgang von einem Teil der Presse zu einer Angelegenheit oder jener Partei gekempt wurde. Die erzielten Erfolge waren möglich, weil sich die Mieterschaft ohne Ansehen der Person oder Partei unter Hintanhaltung aller parteipolitischen Erwägungen einmütig zusammenschlossen hat, um ihre Interessen der Mieter zu vertreten. Die Mieterschaft wird sich auf diesem Wege nicht beirren lassen, sondern auf dem als richtig und notwendig erkannten Wege entschlossen vorwärts gehen.

Die Vertreterversammlung stellt noch einmal eindeutig fest, daß die Mieter in Zimpel, Pöpelwitz und auf der Merzdorfstraße Kampf nicht im Interesse eines falsch verstandenen Gruppeninteresses der Siedlungsmieter, nicht im Interesse dieser oder jener Partei oder Richtung geführt haben. Der Mieterkampf war ein Teil des Kampfes, der um die Lebenshaltung der Massen der deutschen Bevölkerung geführt wird. In diesem Sinne war der Mieterkampf für die Interessen der Massen.

Es zeigen sich schon jetzt mit aller Deutlichkeit Anzeichen, daß weitere Verschlechterungen beabsichtigt sind. Im richtigen Augenblick haben die Mieter ihre Kraft kennen gelernt. Sie werden aus den gemachten Erfahrungen lernend, in Zukunft noch anzuwenden wissen.

Dazu ist der feste Zusammenschluß aller not-

wendig. In unermüdlicher Kleinarbeit haben die Funktionäre der Siedlungsvereine und des Neumieterschutzverbandes den Wall der Organisation geschaffen, die ungeheure Arbeit des Kampfes auf sich genommen. Ihnen allen dankt die Mieterschaft für ihren Idealismus. Jetzt gilt es erneut, in jäher Arbeit für jeden einzelnen Mieter einzutreten, Härten zu vermeiden und geplante Verschlechterungen abzuwehren.

Ein harter Kampf ist mit einem Teilerfolg abgeschlossen — große Aufgaben stehen bevor. Sie können nur gelöst werden, wenn die Organisation als Ganzes wie der einzelne Funktionär fest davon überzeugt sind, daß die Mieterschaft selber denn je zusammensteht. Wir richten deswegen den Appell an die gesamte Mieterschaft:

Bewahrt eurer Organisation die oft bewiesene Treue!
Sahst euch von keiner Seite verwirren!
Lohnt die Arbeit eurer Funktionäre mit Vertrauen!
Reicht euch ein in die kämpfende Organisation, den Neumieterschutzverband!
Mehrt denn je gilt der Ruf:
Einzelne sind wir nichts! Vereint sind wir alles!
Neumieterschutzverband Breslau E. B.

Schwerer Zusammenstoß

Drei Personen verletzt

Auf der Deutsch-Vijauer Straße, in der Nähe des Gutes Althain, stießen gestern nachmittag der Radfahrer Rindler aus der Mariannenstraße und der auf einem Motorrad aus Breslau kommende Welter Hepp aus Groß-Raden in Mecklenburg so heftig zusammen, daß der Radfahrer, sowie der Motorradfahrer und seine auf dem Sozius sitzende Ehefrau stürzten und alle drei mit erheblichen Verletzungen liegen blieben. Ein vorübergehendes Auto nahm zwei der Verletzten mit in das Althain-Hospital, wohin auch der dritte Verletzte mit einem Krankenwagen geschafft wurde.

So sieht der Preisabbau aus

Regierungspräsident verfügt Mieterhöhung — Die Senkung der Kohlenpreise bringt aber keine Senkung der Tarife

Viel ist in der letzten Zeit von einer Preisentung geschrieben und geredet worden. Wir waren gegen solche Verlautbarungen, namentlich wenn sie in Verbindung mit irgendwelchen Lohn- und Gehaltsstürzungen verbunden waren, immer sehr skeptisch eingestellt und wollten erst einmal die praktischen Auswirkungen solcher Aktionen vor Augen haben.

Wie aber sieht es in Wirklichkeit mit einem allgemeinen Preisabbau aus. In den Lebensmittelgeschäften ziehen langsam die Preise genau so an, wie immer in dieser Jahreszeit, nicht ein Marktarartikel ist auch nur um einen Pfennig billiger geworden. Dagegen macht sich allerorten, lediglich auf das leere Gerede von Preisabbau hin, eine Tendenz zum Abau von Löhnen und Gehältern bemerkbar. Völlig unerwartet ist der Erlaß des preussischen Finanzministers über einen weiteren Zuschlag zur Grundvermögenssteuer, den der Regierungspräsident mit aller Beschleunigung durchführen will. Folgende recht unklare und unbegründete Mitteilung ging uns über das Städtische Presseamt zu:

Zuschlag zur Grundvermögenssteuer

Nach dem Erlaß der preussischen Minister des Innern und der Finanzen vom 18. Oktober 1930 soll der städtische Zuschlag zur Grundvermögenssteuer entgegen dem bisherigen Beschuß der städtischen Körperschaften von 395 v. H. auf 450 v. H. erhöht werden. Der hiesige Regierungspräsident hat in einer Besprechung mit Magistratsvertretern sich dahin geäußert, daß er diesen Erlaß mit aller Beschleunigung durchzuführen wird. Der Bevölkerung wird deshalb empfohlen, schon jetzt auf die wohl unmittelbar bevorstehende Steuererhöhung Bedacht zu nehmen.

Dieser Erlaß ist für die Breslauer Mieterschaft um so einschneidender, als bereits im Frühjahr die Grundvermögenssteuer um den gleichen Betrag wie oben angeordnet, durch Beschuß der städtischen Körperschaften erhöht werden mußte und zu einer Mieterhöhung um bereits 2,2 Prozent der Friebensmiete führte. Nun soll durch den neuen Zuschlag um weitere 55 Prozent zur Grundvermögenssteuer die Miete

Diphtherie-Gefahr

Augenblicklich tritt die Diphtherie in Breslau in verstärktem Maße auf; auch in schwerer Form. Eltern, achtet auf eure Kinder, beachtet die kleinsten Veränderungen im Befinden.

Gehet sofort zum Arzt!

Die Heilung der Diphtherie ist umso sicherer, je eher mit der Behandlung durch Diphtherie-Serum angefangen wird. Hygienisches Institut der Universität Breslau Städtisches Gesundheitsamt Breslau

Von ärztlicher Seite wird uns geschrieben, daß zurzeit verhältnismäßig zahlreiche und dabei leider oft sehr schwere Erkrankungen an Diphtherie in Schleien, insbesondere auch in Breslau vorkommen. Dabei dürfte es für die Eltern von Wichtigkeit sein, zu erfahren, daß die Anfangsercheinungen der Diphtherie oft nur eine geringe Beeinträchtigung des allgemeinen Wohlbefindens darstellen, daß keineswegs Halschmerzen oder hohes Fieber bzw. Schluckbeschwerden oder erschwerte Atmung die Krankheit einzuleiten brauchen. Es ist deswegen eine gewisse Vorsicht notwendig, wenn man die allerersten Erscheinungen nicht übersehen will. Die Erkennung einer Diphtherie muß aber möglichst frühzeitig erfolgen, weil das beste Heilmittel, das Diphtherieheils Serum, umso sicherer wirkt, je frühzeitiger es gegeben wird.

Verkehrsstörung bei der Straßenbahn

Heute früh trat gegen 7.30 Uhr an der Speisestelle Pöpelwitz der Straßenbahn eine Stromstörung ein, die sich später auch auf die Speisestellen am Ring und der inneren Stadt ausdehnte. Erst gegen 9 Uhr war die Störung beendet. In dieser ganzen Zeit ruhte der Verkehr auf den meisten Breslauer Straßenbahnlinien.

16 021 Besucher

Die unlängst im ehemaligen Generalkommando gezeigte Arbeiter-Kultur-Ausstellung hatte in vierzehn Tagen eine recht beachtliche Besucherszahl angelockt. 16 021 Besucher sahen sich diese Ausstellung an.

abermals um 2,2 Prozent erhöht werden. Hier von ist allein Breslau betroffen, da nicht die nötigen Mittel zur Deckung des diesjährigen Etats von den Berliner Aufsichtsstellen festgestellt werden konnten und die Erhöhung der Grundvermögenssteuer eines der Mittel ist, um den Etat auszugleichen.

Daß aber eine Senkung der Kohlenpreise bei leibe keine, wenn auch nur geringe Auswirkung auf eine Senkung der kommunalen Tarife haben würde, beweist sich heute bereits das Städtische Presseamt mitzuteilen:

... denn nach gekündeten Berechnungen würde die Senkung des Kohlenpreises rein rechnerisch beim Gaswert eine Ermäßigung des Gaspreises von 0,2 Pfennig je Kubikmeter zur Folge haben, wobei nicht berücksichtigt ist, daß zugleich mit den Kohlenpreisen selbstverständlich auch die Preise für den von den Gaswerken abgeleiteten Koks fallen würden, wodurch sich die Gaspreise von 0,2 Pfennig wieder aufhebt. Schon hieraus ergibt sich also, daß eine Verbilligung der Kohle der Verbilligung des Gaspreises nicht gleichzusetzen ist. Es kommt hinzu, daß die Einnahmen aus dem Gasablaß sehr erheblich hinter den im Haushaltsplan vorgesehenen Beträgen zurückbleiben, und auch die Schlupfregelung wäre nicht einmal richtig, als würde eine Verbilligung des Gases zu einer nennenswerten Steigerung des Verbrauches führen.

Die Auswirkung der Kohlenpreiserhöhung bei den Elektrizitätswerten und den Wasserwerken wäre so geringfügig, daß sich eine Berechnung gar nicht lohnt.

Wir möchten uns nicht so ohne weiteres dieser reichlich oberflächlichen Meinung anschließen. Diese reichlich eifertige Antwort dürfte gerade keinen Anreiz für die Privatwirtschaft bilden, einer eventuellen Verbilligung von Rohprodukten auch eine Verbilligung von Fertigwaren folgen zu lassen. Wir sehen also, daß von der ganzen Preisabbauaktion nicht viel mehr bleiben wird, als ein großes Gerede und nur eine einzige Folge haben wird, nämlich einen Abbau von Löhnen und Gehältern, dem kein Äquivalent in Form billiger Preise entgegengestellt werden kann.

Theater und Musik

Stadttheater

„Oly-Polly“

Die Operette, obwohl schon fünf Jahre alt, wurde zum Erfolg. Jedes verdient bei diesem Genre hervorgehoben zu werden. „Oly-Polly“ wird noch einige Jahre in Schwung sein, denn sie ist ein ausgezeichnetes Vertreter ihres Typus. Dem jüdischen Himbeerlimonaden Leibarzt ist sie eine Erfolgsgeschichte. Wie sehen ein hübsches, lustiges amerikanisches Das Publikum schien anfangs auf eine klassische Operette zu sein und wollte deshalb das Tempo nicht mithalten, dann aber stetig laudender und überhöflicher alle Mitbewerber mit Bescheid. Die ausgesprochenen amerikanischen Harold Mills, ein Filmschauspieler, Oly Woodson, ein fränkischer Bassist, der sich nicht nur wie die Rollen in den Filmen verliebt, sondern ihn heiraten will, Oly Woodson, eine alte Gouvernante mit einem kleinen „Häutchen“, Tobias, ein Hausdiener, der alles für den Hausherrn, und schließlich die Hauptperson Charlie Spencer, ein junger, immer zum Verloren und verliebten bereit Harold, sind durch Franz Traub und Ernst Bach zu einer Operette zusammengeschlossen, der zwar komisch und besonders Operette immer vorläufig, aber letzten so charmant und überaus gefällig ist. Die Charaktere und die Gesinnung ist prägnant, aber andeutungsweise mit Geschmack ein Otto Demald hat uns das Stück mit Glück in Szene zu bringen. Seine Regieeinflüsse sind glänzend. Er ist der Mann, der Operette braucht. Giebelig begibt spielt er den Charakter des Komische mit entsprechender Gefühl und er hat es dazu noch der beste Tänzer des Abends. Kunz und Richard Krenniger spielen das Liebespaar, beide mit einem feinen Reiz. Kunz muß den Dialog klarer sprechen. Giebelig ist immer der erfolgreichste Ernst Kollé; allerdings er mit Otto Demald die kritischen Punkte. Herta Glag

bemüht sich um Polly Webbs. Marianne Winter kommt gegen das Solistenquintett nicht auf. Ein gut studierter Chor und entzückende Girls umwirbeln die Solisten und tragen damit das ihre zum Erfolg bei. Die Musik Walter Rollos dirigiert Hermann Wehler mit einem Schwung, das einem das Herz zu hüpfen beginnt. So schmeißig habe ich noch nie in Breslau Operettenmusik hören können. Nun also hin und nicht glauben im Stadttheater gäbe es nur Opern oder veroperierte Operette zu sehen. Die Schauspieler sind verwandelt und darauf kommt es an. Das Stadttheater hat mit der Aufführung bewiesen, daß es die moderne Operette zu arrangieren versteht. Nur weiter auf diesem Wege und die Breslauer werden bald wissen, wo die „Klasse“-Operetten zu sehen sind.

Volls-Sinfonie-Konzert

Die seltenen Orchesterlieder G. Mahlers waren das jugendliche dieses Abends, der sehr zum Verdruß mancher Hörer mit Schuberts „Unvollendeter“ eröffnet wurde. So wild ist das Publikum durchaus nicht auf diese „h“-Sinfonie, überzeugt, wenn sie noch in halbährigen Abständen nur als Repertoirestück heruntergespielt wird. Dieses Werk beherrscht nicht allein technisch auch inhaltlich ein Kammerhausorchester, für Popularisierung ist mithin, wenn dann der Rundfunk noch hinzutritt, genügend getan. Wozu denn noch als Nebenwert in ein Volls-Sinfonie-Konzert aufnehmen? Vielleicht deshalb, weil der Dirigent weiß, daß damit für ihn ein Erfolg verbürgt ist? Er ist billig erkannt! Doch diese Mahler-Lieder waren etwas Besonderes, weil wir ihnen selten begegnen. Das Lied von der Erde, die Kindertotenlieder und die vollhöflichen Wanderformalieder sind in den Konzerten selten länger eingehört. Welch wunderbare Kunstwerke sind aber die weniger bekannten lyrischen Orchesterlieder zu Zeiten H. Rüderts. Hat fragt man: gibt es Schöneres? Das Lied ist sich im Zusammenhang auf. Die Stimme wird absolutes Instrument. Nicht das sprachliche, deklaratorische, sondern das rein musikalische Geles herrscht vor. Der Sinn, die Idee wird erfasst.

Und so zeichnet sich aus dem feinsüßigen „ich atmet“ einen linden Duft“ und dem jart fragenden „liebt du um Schönheit“ der unbefangener Mahler ab. Letzten Sinn seines Lebens erfahren wir aus dem transzendentalen „ich bin der Welt abhanden gekommen“ wenn die Verstärker erklingt „ich leb allein in meinem Himmel, in meinem Lieben, in meinem Lieb“. Bei all diesen Gesängen war Frau R. Aid-Jaenide, die sie vortrug, Aug genug, mit ihren Mitteln hauszuhalten. Sie legte mit recht das Hauptgewicht auf das Ausdruckshafte, das aber durch ihre Singweise in der Wirkung beeinträchtigt wurde. S. Sehr zeigte, wie ausgezeichnet er das Orchester zu kämpfen versteht. Hoffentlich können wir diese Tugend auch dann hervorheben, wenn er andere Solisten zu begleiten hat.

Breslauer Kunstausstellungen

Erich Marden. — Oskar Schlemmer

Zwei bedeutende Ausstellungen sind augenblicklich in Breslau zu sehen. Die eine, im Kunstgewerbemuseum, Gruppenausstellung, veranstaltet von der Kunstgilde, zeigt in einem Ueberblick das Schaffen des seit 1910 in Schleien wirkenden Gebrauchsgeschichters Erich Marden, unter dem Titel: 20 Jahre Gmu. Im Schleischen Museum der bildenden Künste sind in einem der oberen großen Säle die Wandbilder ausgestellt, die als Ergebnis eines engen Wettbewerbes — es waren Erich Marden und Willi Baummeister noch beteiligt — der an der hiesigen Kunstakademie tätige Professor Oskar Schlemmer für das Festmahl-Museum in Offen ausgeführt hat.

Man darf wohl sagen, daß mit Erich Marden die Entwicklung der schleischen Gebrauchsgeschichte repräsentativ gekennzeichnet ist. Nach Vorlesungen; darunter ist allerdings schon das wirklich enogalliche und jedem geklärtete Signet von Herz & Speich, vollzieht sich sehr höher die bewährte Herausstellung eines überlegenen Künstlers. Die Aufgabe des Künstlers, einprägnant und allgemein verständlich zu sein, wird in immer

Internationale Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

In Wien tagt zur Zeit auf Grund eines Beschlusses des Internationalen Gewerkschaftskongresses ein Ausschuss zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der sich aus Vertretern der sozialistischen Arbeiterinternationale, fünf Vertretern des Internationalen Gewerkschaftsbundes und einer Anzahl von Sachverständigen zusammensetzt. Der Ausschuss hat die Aufgabe, die zur Bekämpfung der wachsenden Arbeitslosigkeit geeigneten Maßnahmen zu beraten und die Zweckmäßigkeit der Einberufung einer Weltkonferenz zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu prüfen.

Die Fronte der Weltgeschichte! In einem Augenblick, wo der Sozialismus in wichtigen Industrieländern eine Renaissance erlebt, dämmert die Erkenntnis, daß im Zeitalter der Weltwirtschaft die Staaten nicht mehr in der Lage sind, das Problem der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit auf nationaler Grundlage zu meistern. Nur Leute, die mit klappen herumlaufen, sehen noch nicht, wie sehr die Arbeitslosigkeit heute von internationalen Zuständen, Bedingungen und Verwicklungen beeinflusst wird. Die Arbeitslosigkeit ist heute ein Weltproblem. Das kam vor wenigen Jahren noch sehr deutlich zum Ausdruck, als der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes sich in Brüssel mit einem Antrag des Schweizerischen Inhabers Schürch befaßte, der eine eingehende Untersuchung des Problems der Arbeitslosigkeit im Rahmen der internationalen Arbeitsamtsorganisation anstrebt. Dieser Antrag wurde von der Gruppe des Verwaltungsrats auf Grund eines Beschlusses des Internationalen Gewerkschaftskongresses einstimmig angenommen. Er fordert eine eingehende Untersuchung folgender Punkte, die einwandfrei als wichtige Ursachen der Arbeitslosigkeit gelten können:

- Die sinnlose Zollpolitik der Nationalstaaten.
 - Die mangelhafte internationale Verteilung des Kapitals und der Rohstoffe.
 - Die mangelhafte Verteilung der Volkseinkommen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten.
 - Die Schwierigkeiten der Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse des Verbrauchs.
 - Die Entwicklung neuer Industrien.
 - Die rasche Entwicklung der industriellen Technik usw.
- Der Antrag wurde angenommen. Der Arbeitslosenausschuss des Internationalen Arbeitsamtes wurde beauftragt, ein Programm aufzustellen. Gleichzeitig wurde der Ausschuss erweitert. Von deutscher Seite gehört ihm Hermann Müller, Leipzig, an.

Bei der Beratung des Antrages wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosigkeit sich heute international entwickelt und ein Land verkörpert. Noch vor zwölf Monaten hätten wir mit einem gewissen Stolz erklärt, daß wir keine Arbeitslosen haben. Heute schwanken die Meinungen über die Arbeitslosigkeit in USA. zwischen fünf und zehn Millionen. Der Vertreter der deutschen Regierung, Reichsminister Dr. Weigert vom Reichsarbeitsministerium, erklärte, daß Deutschland die Untersuchung der Ursachen der Arbeitslosigkeit durch das Internationale Arbeitsamt sehr begrüße. Deutschland sei ja eines der Länder, die am meisten unter der Arbeitslosigkeit leiden. Auch in Deutschland habe die Arbeitslosigkeit neben den Ursachen volkswirtschaftlicher Art und solchen, die aus den besonderen Verhältnissen des Reiches erwachsen, in hohem Maße internationale Ursachen. Aus diesem Grunde müsse der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit auch international geführt werden.

Der Direktor des internationalen Arbeitsamtes Albert Gollub wurde bereits 1919 ein Vorkommismitglied, die Regierungen verpflichtet sind, dem I.A. regelmäßig über die Entwicklung der Arbeitslosigkeit zu berichten und eine kostenlose Arbeitsvermittlung zu betreiben. Daraus konnte die Zahl der öffentlich vermittelten Arbeitslosen im Jahre 1911 auf 2,7 Millionen belief, bis im Jahre 1927 auf 18 Millionen erhöht werden. Ferner wurde eine Empfehlung über die Arbeitslosenversicherung vor, die sich zu deren Ausbau in verschiedenen Ländern beigetragen werden in acht europäischen Staaten, die eine Arbeitslosenversicherung gegen Arbeitslosigkeit einrichten, bereits 42 Millionen Arbeitnehmer in Anspruch genommen. Darüber hinaus ist es heute mehr denn je notwendig, auch die politischen Ursachen der Arbeitslosigkeit zu untersuchen und insbesondere in Europa zu einer vernünftigen Lösung zu kommen, sowie die Frage der internationalen Kapitalverteilung in einer zweckmäßigen Weise zu untersuchen.

Aus diesem Grunde hat die internationale Bewegung von Partei und Gewerkschaften sowohl in Deutschland als auch die Arbeiter des internationalen Arbeitsamtes auf dem Gebiet der Arbeitslosigkeit nur zu begrüßen. Zweifellos werden die Erhebungen die internationalen Ursachen der Arbeitslosigkeit noch klarer als bisher zeigen. Wenn die Folgerung aus den Ergebnissen dieser Erhebungen die organisierte Arbeiterkraft der Welt sein müssen. Nur eine solche einheitliche und internationale Arbeiterbewegung kann die Lösung der Arbeitslosigkeit in der Lage sein, aus den Ergebnissen der Erhebungen den Weg zu weisen, der im Interesse einer Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter der Welt so bitter notwendig ist.

Die internationale Arbeiterbewegung hat, obwohl sie erst seit kurzem, bereits einen ganz klaren Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit entwickelt, der am nächsten die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Arbeiter der Welt zum Ziel hat. Die Arbeiter der Welt müssen sich auf den Weg machen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, und die Arbeiter der Welt müssen sich auf den Weg machen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, und die Arbeiter der Welt müssen sich auf den Weg machen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

200 000 Arbeitslose in der Tschechoslowakei

Die Arbeitslosigkeit nimmt auch in der Tschechoslowakei rapid zu. Nach der amtlichen Statistik betrug die Zahl der bei den Arbeitsvermittlungstellen Ende September angemeldeten Arbeitslosen 103 860 gegen 88 005 Ende August und gegen 34 000 Ende September 1929. Tatsächlich gibt es jedoch in der Tschechoslowakei zurzeit bereits rund 200 000 Arbeitslose, und diese Zahl muß jetzt durch die täglich erfolgenden zahlreichen Arbeiterentlassungen bedeutend anwachsen. Die Eisenbahnen wollen z. B. mit Rücksicht auf ihre schlechte Wirtschaftslage 12 000 Angestellten kündigen.

Der sozialdemokratische Ernährungsminister Bedknecht fordert zur Verringerung der Arbeitslosigkeit die Durchführung aller projektierten öffentlichen Arbeiten, den Bau von Land- und Wasserstraßen sowie die Befreiung des diese Bauten hemmenden Kompetenzstreits unter den einzelnen Ministerien. Der Minister hat allen Bezirksämtern den Auftrag gegeben, unverzüglich eine Verbilligungsfaktion für Fleisch- und Wurstwaren vorzunehmen; eine Preislenkungsaktion für Brot und Gebäck ist bereits im Gange. Schließlich verlangt der Ernährungsminister eine Erweiterung seiner Machtbefugnisse, um die Interessen der schwachen Volksschichten wirksamer vertreten zu können.

Lohnabbauversuch in der westdeutschen Kanalschifffahrt

Die Arbeitgeber der westdeutschen Kanalschifffahrt haben sich sehr stark in der Lohnabbauaktion des Unternehmens engagiert. Sie haben den Tarifvertrag gekündigt — er läuft am 31. Oktober ab — und fordern, bescheiden wie sie sind, einen Abbau der Löhne von nur 8 bis 20 Prozent. Zu gleicher Zeit kündigen sie an, daß sie bei den Verhandlungen mit Forderungen herausdrücken wollen, die eine Abänderung des Manteltarifs zu ihren Gunsten bezwecken.

Auch der Hafenbetriebsverein Emden, worin dieselben Arbeitgeber wie in der westdeutschen Kanalschifffahrt tätig sind, beteiligt sich an der Lohnabbauaktion. Dank seiner stützigen Haltung verließen die stattgefundenen Verhandlungen nach Kündigung des Lohnvertrages ergebnislos; es kam zu einem Schiedsspruch, der einen Lohnabbau von 8 Prozent vorsieht. Die Emdener Hafenarbeiter haben sich einmütig gegen diesen Spruch gewandt. Sie denken nicht daran, einen beträchtlichen Lohnabbau geduldig hinzunehmen; sie fordern neue Verhandlungen.

Emden ist das Ausfalltor für die westdeutsche Kanalschifffahrt. Zweifellos haben es die Arbeitgeber darauf abgesehen, einen Lohnabbau auf der ganzen Linie zu erzwingen. Sie haben sich weit vorgewagt, weil sie glauben, daß die amtliche Schlichtung sie schützt und stützt. In allen Lohnabbauverhandlungen spuken die 8 Prozent, und daher haben die Arbeitgeber der westdeutschen Kanalschifffahrt diese 8 Prozent gleich zum Ausgangspunkt ihrer Lohnabbauforderungen gemacht.

Braunkohlensyndikat senkt die Preise

Verhandlungen des Reichswirtschaftsausschusses mit dem ostpreussischen und mitteldeutschen Braunkohlensyndikat haben dazu geführt, daß die Syndikatspreise von 15 auf 14 1/2 Tonne, also um etwas mehr als 6 Prozent, gesenkt werden. Dieses Abkommen gilt zunächst für die Monate November und Dezember.

Die öffentliche Verschuldung

Reichsfinanzstatistik rechtfertigt die öffentliche Verschuldung

Ueber die Verschuldung der öffentlichen Hand liegt nunmehr auf Grund der Reichsfinanzstatistik vollständiges Zahlenmaterial vor. Die Ergebnisse der Untersuchung widerlegen aufs schlagkräftigste die Behauptungen und Hezereien, die der öffentlichen Finanzwirtschaft Verschwendung, leichtfertige Schuldenwirtschaft sowie unproduktive Verwendung der ausgenommenen Kredite vorwerfen.

Die große Neuverschuldung der öffentlichen Hand seit der Stabilisierung ist durch die außergewöhnlichen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben hervorgerufen worden, die den öffentlichen Körperschaften und Unternehmungen in der Wiederaufbauperiode nach den Zerstörungen der Kriegs- und Inflationsjahre gestellt waren. Die gesamte öffentliche Verschuldung, die Ende 1929 einschließlich der öffentlichen Unternehmungen zirka 23 Milliarden erreichte, bleibt zwar noch erheblich hinter dem Schuldenstand der öffentlichen Hand der Vorkriegszeit mit 32,66 Milliarden zurück, aber der Zuwachs der öffentlichen Verschuldung seit der Stabilisierung mit zirka 16 Milliarden erscheint doch absolut sehr hoch. Vergleicht man aber die Neuverschuldung der letzten sechs Jahre mit der öffentlichen Schuldzunahme in den letzten sechs Kriegsjahren, so ergibt sich unter Berücksichtigung der Veranbarung des Geldwertes trotz der außerordentlichen Erweiterung des Aufgabentranges der öffentlichen Hand keine übermäßige Steigerung im Wachstum der öffentlichen Schulden gegenüber der Zeit vor dem Kriege.

In dem Jahresabschnitt 1908—1914 betrug die jährliche Zunahme der öffentlichen Schulden 1,3 Milliarden, in den letzten sechs Jahren betrug unter Abzug der für die Erfüllung unmittelbarer Kriegsverpflichtungen aufgenommenen Anleihen der Schuldzuwachs der öffentlichen Hand 2,4 Milliarden Mark im Jahr. Unter Berücksichtigung des veränderten Geldwertes liegt also die Schuldzunahme seit der Stabilisierung nur um etwa 20 Prozent höher als in den letzten sechs Kriegsjahren, obwohl die öffentlichen Körperschaften für völlig neue Aufgaben, wie z. B. das Wohnungswesen, große Aufwendungen leisten mußten und der Umfang der öffentlichen Wirtschaft sich außerordentlich erweitert hat.

Ueber die Verwendung der neuen Schulden liegen für den Stand vom März 1928 Angaben vor, aus denen hervorgeht, daß rund 70 Prozent der Verschuldungssumme für die öffentlichen Unternehmungen und die Wirtschaftsförderung Verwendung gefunden haben.

Jetzt so schon das Gesamtbild der öffentlichen Schulden, daß der öffentlichen Anleiheaufnahme zum weit überwiegenden Teil als Gegenwert Investitionen und volkswirtschaftliche Kapitalbildung gegenüberüberheben, so gilt das Gleiche auch für die viel behauptete Verschuldung der Gemeinden. Die Schulden der Gemeinden zeigen schon in der Vorkriegszeit die Tendenz eines raschen Wachstums, die sich naturgemäß in der Vorkriegszeit durch das Fortschreiten der Kommunalisierung und durch die erweiterten wirtschaftlichen Aufgabentrange der Kommunen fortsetzen mußte.

Stets erlitt sich die hohe Neuverschuldung der Gemeinden. Diese betrug Ende 1929 7,6 Milliarden Mark und dürfte gegenwärtig 8 Milliarden Mark überschritten haben. Der Verschuldungszuwachs betrug im Jahresabschnitt des letzten Jahres 1929 1,1 Milliarden. Von der gesamten Neuverschuldung der Gemeinden sind nach einer Er-

Ausländische Gäste beim Breslauer 80er.

Der Kreis Mährisch-Odrau des Einheitsverbandes der Privat- und öffentlichen Angestellten in der Tschechoslowakischen Republik hatte am 28. Oktober, dem tschechischen Nationalfeiertag, eine Studienfahrt nach Breslau organisiert. Etwa 100 Kolleginnen und Kollegen waren seinem Rufe gefolgt und trafen am Dienstag vormittag auf dem Breslauer Hauptbahnhof ein, wo sie von den Vertretern der Ortsgruppe Breslau des Zentralverbandes der Angestellten empfangen wurden. Nach der Befähigung einiger genossenschaftlicher und kaufmännischer Großbetriebe, wurde im Gewerkschaftshaus des Mittagessen eingenommen.

Hierbei begrüßte Kollege Wachner im Namen der Ortsgruppe Breslau des J. d. A. und des A. f. A.-Ortsstellens die Gäste und hieß sie mit herzlichen Worten in Breslau willkommen. Breslau, die arbeitsame Stadt, leidet härter als jede andere Großstadt unter der ungeheuren Wirtschaftskrise. Fast 10 000 arbeitslose Angestellte und 60 000 arbeitslose Arbeiter sehen einem trüben Winter entgegen, ohne Hoffnung auf Arbeit und Besserung der Wirtschaftslage. Doch Breslau ist auch die Stadt einer starken freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenbewegung mit einer jahrzehntelangen Tradition. 6000 im J. d. A., 12 000 im A. f. A.-Bund organisierte Breslauer Angestellte grüßen ihre Kollegen von jenseits der Grenzpfähle und wünschen ihnen einige angenehme Stunden in Breslau.

Für die tschechoslowakischen Kolleginnen und Kollegen sprach der Sekretär des Mährisch-Odrau Gewerkschaftsstellens den Dank für die herzliche Aufnahme in der schönen Oberstadt. Anknüpfend an die Begrüßungsworte des Kollegen Wachner versicherte er, daß die 60 000 Freigewerkschafter von Mährisch-Odrau sich fest verbunden fühlen mit den deutschen Kollegen. Es sei ihm eine ganz besondere Freude, die brüderlichen Grüße dieser 60 000 freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten zu überbringen und gleichzeitig den Dank der Fahrtteilnehmer für die herzliche Aufnahme bei ihrem Breslauer Gastgeber, dem J. d. A., abzutakeln. 42 Prozent aller Werkstätten von Mährisch-Odrau sind freigewerkschaftlich organisiert und arbeiten unentgeltlich an der Ausbreitung der Idee des Sozialismus. Der Redner gab zum Schluß der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm vergönnt sein möge, die Breslauer Kollegen recht bald in Mährisch-Odrau begrüßen zu dürfen, und erntete für seine Worte stürmischen Beifall.

Diesem kurzen gefälligen Beisammensein schloß sich ein Rundgang durch das Gewerkschaftshaus an. Die Gäste waren von der Schönheit des Heimes der Breslauer freien Gewerkschaften begeistert. Eine Stadtrundfahrt in Autobussen des städtischen Verkehrsamtes durch das alte und neue Breslau, seine Stiedlungen und Anlagen, zeigte den ausländischen Gästen die Schönheiten und Sehenswürdigkeiten der alten Oberstadt. Trotz des Regens gab diese Rundfahrt jedem Teilnehmer ein gutes Bild von dem schaffenden und ewig pulsierenden Leben einer modernen Großstadt. Ein gemeinsamer Theaterbesuch beschloß den inhaltreichen Tag, der neben der Belehrung zugleich auch der Festigung der internationalen Verbundenheit der freien Angestelltenenschaft diente.

Die Organisation der Studienfahrt lag in den bewährten Händen des Sekretärs des Einheitsverbandes, Kollegen Ohrenstein, dem ein großes Verdienst für das gute Gelingen der Fahrt zuzuschreiben ist.

Noch einmal „Freundschaftsgrüße“ und die Gäste rollten mit dem Nachtzuge aus der Halle des Breslauer Hauptbahnhofes ihrer Heimat wieder entgegen. Gebü.

hebung vom 31. März 1928 60 Prozent für den Wohnungsbau, die Versorgungsbetriebe und das Verkehrswesen verwandt worden, weitere 11 Prozent zu Aufwendungen für die sonstigen Gemeindeanstalten (Kanalisation, Schlacht- und Viehhöfe, Markthallen) und Gemeindeunternehmungen (Sparkassen, Banken, Land- und Forstwirtschaft) ferner für Baustoffbetriebe sowie zur allgemeinen Wirtschaftsförderung verwandt worden, so daß also auch von den Gemeindefschulden mehr als 70 Prozent unmittelbar zu werdenden Zwecken Verwendung gefunden haben.

Von der Neuverschuldung der Gemeinden entfallen noch nicht 10 Prozent auf Auslandsschulden. Die gesamten Auslandsschulden der Gemeinden und Gemeindeverbände beliefen sich Ende 1929 auf 745 Millionen Mark bei einer Gesamtneuverschuldung von 7,6 Milliarden Mark. Die Auslandsschulden der selbstständigen Gemeindeunternehmungen beliefen sich nach der Erhebung vom 31. März 1929 auf 300 Millionen Mark. Auch im Rahmen der gesamten Auslandsschuldung hält sich die Schuldenaufnahme der Gemeinden und Gemeindeunternehmungen in durchaus angemessenen Grenzen. Die gesamte ausländische Anleiheaufnahme betrug Ende 1929 6,6 Milliarden. Hieron entfielen auf Gemeinden, Gemeindeverbände und rechtlich selbständige Gemeindeunternehmungen 1045 Millionen, also weniger als ein Sechstel der gesamten deutschen Neuverschuldung im Ausland. Der Bericht des Statistischen Reichsamtes unterbreitet die Produktivität der kommunalen Auslandsschuldung. Wir zitieren die wichtigsten Stellen:

„Von grundlegender Bedeutung für die Frage der kommunalen Auslandsschuldung ist die Verwendung der zugeflossenen Kapitalien. Die Betrachtung der Verwendungszwecke ergibt ein verhältnismäßig günstiges Bild. Der weitaus größte Teil der Auslandskredite ist Aufgaben zugeführt worden, die mindestens in dem Sinne als „produktiv“ anzusprechen sind, als Verzinsung und Tilgung durch steigende Erträge aufgebracht werden können. Inwieweit die Investitionen von Auslandskapital auch zu einer größeren Aktivität der Gesamtwirtschaft gegenüber dem Ausland beigetragen haben, läßt sich aus Unterlagen nur annähernd beurteilen. Von 523,9 Millionen Auslandsschulden der Gemeinden über 10 000 Einwohner sind 98 Prozent zum Ausbau von Unternehmungen und Betrieben verwendet worden.“

Die Ergebnisse der Schuldenstatistik und ihre Kommentierung durch das Reichsamt widerlegen also die maßlosen Angriffe der Privatwirtschaft gegen die Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand. Die Frage der kommunalen Anleiheaufnahme wird in diesem wieder grundsätzlich zur Diskussion stehen. Die Betrachtung der Auslandsschulden ist nur provisorisch bis zum Jahre 1929 verlagert worden. Dann soll eine Neuregelung erfolgen, deren Grundgedanke die Milderung im Sinne der Öffentlichkeit und die bei den Kommunen wegen der ungenügenden und unwürdigen Anleiheaufnahme vorliegenden Mittel herangezogen hat. Aus den Erhebungen der Reichsfinanzstatistik geht eindeutig hervor, daß die Verschuldung der Kommunen zum weit überwiegenden Teil aus volkswirtschaftlichen produktiven Zwecken geleistet ist und daß die kommunalen Verschuldungen die seit mehr als zwei Jahren über die Kommunen verhängte wirtschaftliche Krise zu rechtfertigen ist.

Freitag, 31. Okt. 20,30 Uhr
Abschieds- und Ehrenabend
Kapelle Weißhaupt

Café Vaterland
Breslau 5 / Neue Schweidnitzer Straße 1 / Tel. 55030

Ab 1. November, 10 Uhr
Kapelle
Gottschalk

2. größte deutsche
Kaffeehaus-Kapelle
Ostdeutschlands

Kapelle Gottschalk
spiele u. a.
George Balaban, Mannov
Europa-Haus, Berlin

Samstag, 2. November, 11-13 Uhr bei vollem Orchester 1. Mal

Stadtheater
Donnerstag, 20.15 bis nach 22.15
5. Abonn.-Vorft. Serie D
Das Dorf ohne Glocke
Freitag, 19.30 bis gegen 23 Uhr
Abonn.-Vorft. C 5
Die Fledermaus
Samstags, 20.15 bis gegen 23 Uhr
Offenbach-Abend

Lobe-Theater
Telefon 56747
Täglich 20.15 bis gegen 22.30
Der große Käsekraker!

Thalia-Theater
Täglich 20.15 bis 22.30 Uhr
Der Mann, der die Welt umrundete!
Potaf u. Perimutter

Schauspielhaus
Heute Abschied von Göttern
Das Land der Lächeln
Ab Freitag, 19.15 Uhr, Götterspiel
SERGE ABRANOVIC
Lehars Meisteroperette
ZAREWITSCH

LIEBICH
Tägl. 2 x 4⁰⁰/_{8⁰⁰}
Bobbie Hind
Ihr Erlebnis!
Feiner das
Riesenprogramm
Str. 26 45

Arbeitslohn
Tag und Nacht durch Selbst-
angelegenheiten komfortables
von 4.50 bis 10 Pf.
Barakstraße 7, Krynauki.

2 Betten
Eigene Küche von
in Zentral u. ruhiger
Nübelhaus
Scholz
Kettlingstraße 12.

**Der Gipfel
der Billigkeit!**
Fahrräder

Ferris 49.50
Damen 52.50
Soforten mit Topbe-
trieb 72.50
Schnapp-, kein Schling
System-Damen, Inval. 1.25
Sofort 2 bis 2.50, 3.75, 4.25
Schnapp-System, Inval. 5.20

Rahmen
3 Jahre Garantie, gemischt
Ferris 18.50
Damen 21.50
Sofort 22.50
Stahl 32.50
Alle weiteren Teile billig!
Gelegte Ausstattung

**Fahrrad-Saus
Gies**
mit Kennzahl 19
oben kennlich
z. übersteht 2 bis 3.00.
Mitglieder und Interessenten
5% Sonder-Rabatt.

Partei-Freunde
kraftig Bekleidungs-
werkzeug in Reichh.
Restaurants, Cafés,
sich die
Volkswacht

**Der Wahre
Jacob**

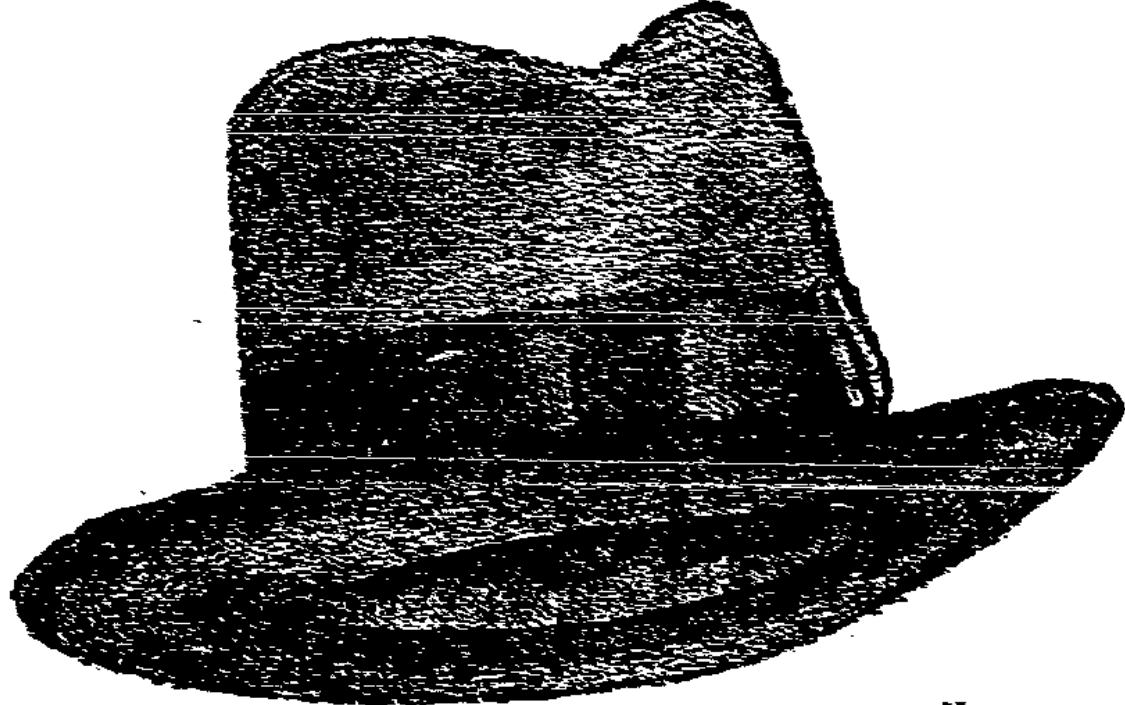
Wunder-Paleis
Liedel, Fortsch, Orchest.
und Soubrette-Liede
Lieder-Buch
Lieder-Buch 32!

WAPPENHOF
Heute Dienstag ab 4 Uhr
sowie täglich (außer Sonnabend)
Große Nachmittags-Vorstellung
mit dem mit größt. Beifall aufgenommen 2. Oktober-
Programm u. a. 3 Blondos, Perche-Sensat.,
A. u. W. Hausenstein, hervorr. Jongleurakt,
Pils & Nassmann in ihren eigenart. Duet.
und weitere 7 Attraktionen.
Ab 8 Uhr: Abendvorstellung mit Ball
2 Kapellen u. das ungekürzte Varieté-Programm
Eintritt Nachm. 30, abends 50 Pf. einschl. Ball

Wänder-Versteigerung
im Versteigerungsraum Berliner Platz 2
am Donnerstag, den 6. November 1930, vormittags
9 Uhr, gelbe Scheine bis Nr. 50000. Einlagenarten
sind gegen Bietungskautions von Mk. 10.— im
Verkaufsraum abzuholen.
Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau
E. M. S. S.
Emmes, Direktor. 4600

Urania
12 Monatshefte
und 4 Bücher
**Das poetische
Reinhold**
In bester, durch die Geheimnisse
6 Jahre u. die Geheimnisse

„Goldener Hecht“
Reuschestraße 65
Ab morgen, Freitag, 31. Oktober
Großes Bodkies
Ausschank von
Weißem Bodkies
Musik in festlich dekorierten Räumen
Preiswerte Speisen u. prima Wurstwaren

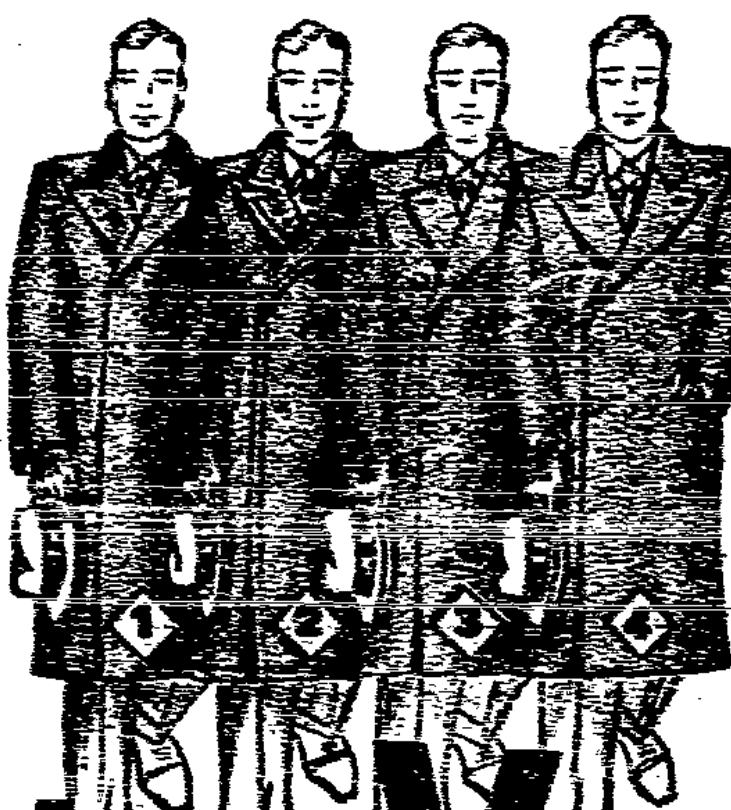


Der erste Mantel
ist ein Paletot aus
schwarzem Meiton, mit
Sonn-Kragen, 29⁵⁰

Der zweite Mantel
ist ein Ulster aus
Mauvegrün u. braun-
rotem Ullstoff u.
Konturde ge-
arbeitet, mit
Rund- oder
Röhrenkragen. 38⁰⁰

Der dritte Mantel
ist ein Ulster-
Paletot aus grauem
Ullstoff, mit
Konturde
gefüttert.
Flotte, be-
stehtige Form. 50⁰⁰

Der vierte Mantel
ist ein Ulster-
Paletot aus braun-
rotem, ganz auf
Konturde
gefüttert. 68⁰⁰



Herren - Joppen
aus grünlichem Leder,
warm gefüttert, hoch-
geschlossene Form.
19.50, 12.75 **9⁵⁰**

Herren - Hausmäntel
aus molligen
Flauschstoffen mit
reich. Garnierung
riesige Auswahl
25.50, 19.75 **14⁵⁰**

Herren - Lederjacken
aus gutem braunem
Leder, u. Velveton
gefüttert 68.—, 58.— **48⁰⁰**

Herren - Sportpelze
Kragen-Biberfell
Futter-Lammfell.
17.50, 12.— **89⁰⁰**

Der ideal-Ulster
ideal im Stoff, ideal in
der Verarbeitung, ideal im
Schritt und ideal in
der Passform und
heute wichtiger
den je - ideal im
Preis 75.—, 65.— **58⁰⁰**

Werbe-Verkauf
für den Herrn

Hüte fassen Sie in den klari-
samen Formen und Farben in
glanz und reich. Flächwand und mit
rasierfreundl. Rand. Unsere
Haarmarke 4.20
farber 4.90 **3⁵⁰**

Cachenez sind für den
Wintermantel des Herrn unent-
behrlich. Sie sichern diese in
guter Kammer, sowie in reicher
Seide in den Farben
weiß, grau, beige u. braun
Preis: 6.90, 4.50, 2.50, 1.95 **1²⁵**

Krawatten
Wir haben tausende von Krawat-
ten vorrätig. Die letzten
Herbstfärbungen sind un-
widerstehlich, und wir ver-
tragen man kleine Brod-
bread mit Streifen, transparent
und wieder Streifen,
Strickgewebe
ist gewagt 1.25, 1.50 **95⁰⁰**

Selbst unsere niedrig. Preislisten
haben die modernste große Form
2⁴⁵

Nosenträger
Hier empfehlen wir Ihnen unsere
Haarmarke aus ge. Gewebe
mit Leder- oder Stoff- oder
Gewebe. Alle No-
sträger sind aus Wollstoff
und dauerhaft. Preis
1⁹⁵

Außerdem haben
wir ein großes Far-
ben- und
Woll- 1.50 **95⁰⁰**



**Oberhemden
mit Kragen** aus
gut. Stoff, höchste Muster **2⁹⁵**

Popeline-Hemden
mit Kragen, neueste
Streifen-Designs ... **4⁷⁵**

Popeline-Hemden
mit Kragen, das elegant
Oberhemd in modernsten
Farben und Designs ... **5⁷⁵**

**Sport-
Flanell-Hemden**
mit festem Kragen und
Korvette, zwei Falten-
taschen ... **4⁷⁵**

Nachthemden
aus guter Wollstoffe
mit hübschen Designs. **2⁷⁵**

Schlafanzüge
aus Flanell oder Perkal
in guter Verarbeitung 7.50, **5⁷⁵**

Weiße Oberhemden
durchgehend Popeline 4.50
mit Popeline-Bleist. **3⁹⁰**

Kragen
aus Stoff die un-
verwundbar. Preis 1.—
2.25, durchweg Made **45⁰⁰**

Leonhard Tietz, A. G., Breslau, Ohlaustr. 31-33, Tel. 56854

**Ein
Ausnahme-Angebot**

Schalen und Ampeln in farbigem
Glas, durch günstigsten Einkauf
sensational billig!

Damen - Beleuchtung, moderne
Formen von **5⁹⁵** an

Schlafzimmer - Schalen, aparte
Muster, ca. 40 cm Durchmesser,
von **7⁶⁵** an

Alte Taschenstraße 3-6
Kaiser-Wilhelm-Straße 3
Keine anderen Geschäfte

Neue Preise auch für
Dauerwäsche
Vorhemden weiß oder bunt 80 Pf.
Richard Schincke
nur: Schmiedebrücke 29

Lebensbilder
erzählt von Willy Cohn
Robert Owen
Preis 20 Pfennige
Buchhandlungen Volkswacht, Breslau

**Volkswacht
Lotto**
Zahlung 11. bis 16. November
Anzahl der Gewinn
51 276 Gewinne und 2 Freilos
im Gesamtwert **465 000**
von RM
Häufigste auf **150 000**
ein Doppellos
Häufigste auf **75 000**
ein Einzellos
1 Hauptgewinn **100 000**
2 je 30 000
2 je 25 000
2 je 20 000
2 je 10 000
2 je 5 000
2 je 2 000
2 je 1 000
2 je 500
2 je 250
2 je 125
2 je 62,50
2 je 31,25
2 je 15,625
2 je 7,8125

Arndt
Preis 20 Pfennige
Buchhandlungen Volkswacht, Breslau

zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit
Schenke Mince und gute Bücher
VOLKSWACHT - BUCHHANDLUNGEN
Neue Graspauer 5 / Fisch-Wil-Str 105 / Flurstr. 4